

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preis: 27

Ercheinung: Täglich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei
ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Spangenberg Zeitung
„Der bessere Mittag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbelle“,
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gehalts wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Nr.: 27.

Die Millimeter-Anzeigen-Belle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Geschäftliche und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textfeld beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr vormittags. B.M. 640.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 9

Sonntag, den 21. Januar 1934

27. Jahrgang.

Sturmzeiten um die Stavisky-Affäre

Tätlichkeiten in den Wandelgängen der französischen Kammer — Zwei Duellforderungen

Die Wirtschaft im Aufbau

Ein Wochenrückblick.

Das wichtigste wirtschaftliche und sozialpolitische Ereignis der letzten Woche ist die Verabschiedung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit durch die Reichsregierung. Das Gesetz wurde mit persönlichen Erklärungen durch die Reichsminister Seide und Schmitt der Öffentlichkeit übergeben. Neu und ein Ausdruck nationalsozialistischer Weltanschauung ist in dem Gesetz die Hervorhebung des Führergedankens und des Begriffes der sozialen Ehre in der Wirtschaftsführung und die Befreiung der ungelassenen Klassen gegeneinander. Der Inhalt des Gesetzes läßt sich auf die Formel bringen: An den Wirtschaftsbetrieben des Dritten Reiches leitet man nach den Führer und seine Gefolgschaft. Früher nannte man das Unternehmen und Arbeiter. Über den einzelnen Führer des Betriebes steht der Treuhänder der Arbeit, der als der Vertreter der Reichsregierung die soziale Eingliederung des Betriebes in das Ganze der Volkswirtschaft durchzuführen hat. Kennzeichnend dafür, in welchem Umfang der Gesetzgeber die Zielstellung der Wirtschaftspolitik berücksichtigt, ist die Tatsache, daß das Gesetz nur Richtlinien gibt. Innerhalb dieser soll dann der Handelnde seinen eigenen Willen. In dieser Hinsicht sind die Ausführungen der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront „Der Deutsche“ bemerkenswert, in denen besonders hervorgehoben wird, daß es nicht auf die Vorarbeiten, nicht auf das vermeintliche Recht, sondern auf das Kennenlernen und auf die innere Anständigkeit beider Teile im Betriebe ankommt.

Neben diesen Vorgängen, die für den weiteren Ausbau der Deutschen Arbeitsfront von entscheidender Bedeutung sind, interessieren die Öffentlichkeit auch die großen Rundgebungen des Reichsnährstandes. Es handelt sich hierbei um den ersten Reichsnährstand in Weimar und um die Grüne Woche in Berlin. Bei der mitteldeutschen großen Führertagung des Reichsnährstandes wird namentlich auch die Organisation der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft vertreten sein. Was bei dieser Gelegenheit an grundsätzlichen Ausführungen von höchster Stelle der deutschen Bauernführung ausgesprochen werden wird, ist für die Zukunft des Reichsnährstandes und damit der gesamten deutschen Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung. Eine anschauliche Darstellung der neuen deutschen Agrarpolitik und ihrer Grundlagen wird auf der 1. Grünen Woche im Dritten Reich seinen Kreisen gezeigt werden. Die Reichshauptstadt scheint überhaupt für derartige Veranstaltungen eine besondere Anziehungskraft zu haben. Aus der deutschen Westmark, der Pfalz, hat man die Kleinodien der deutschen Kaiser nach Berlin gebracht, um sie unter dem Motto: „Die Pfalz im neuen Reich“ auch solchen Volksgenossen zugänglich zu machen, denen es nicht vergönnt ist, die Eigenart der deutschen Länder an Ort und Stelle kennenzulernen. Die Ausstellung gibt einen sehr wertvollen Überblick über die gesamte Wirtschaft unserer deutschen Westmark, die trotz ihres schweren Schicksals in gefährdeter Grenzlage mit aller Kraft beisteht, daß sie im Rahmen der deutschen Wirtschaft leistungsfähig ist.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit machen weiterhin erhebliche Fortschritte. So sind die Siemens-Werke durch den erhöhten Auftragszufluß der letzten Zeit in der Lage gewesen, weitere 5300 Arbeitskräfte einzustellen. Auch der Bochumer Verein konnte in der letzten Zeit über 1200 Arbeiter neu einstellen und die Maschinenindustrie meldet 4000 Mehrbeschäftigte in den letzten Wochen. Die Vötsche & Co. in Reine wird durch Inbetriebnahme eines dritten Hofes in der Lage sein, 150 Arbeiter mehr zu beschäftigen. Die Reichsbahn, die namentlich auch den Betrieb der Reichsautobahnen übernommen hat, hat an die deutsche Automobilindustrie einen weiteren Auftrag auf Lieferung von 720 Lastkraftwagen erteilt. Auch vom Auslande wurden in der letzten Zeit nennenswerte Aufträge an deutsche Firmen erteilt, so an die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg auf Lieferung von 4 Schiffs-Diesel-Motoren und an die AEG, die gesamte elektrische Ausrüstung für die größte Papierfabrik Frankreichs. Eine solche Wiederbelebung der Auftrags- und Beschäftigungslage ist gerade hinsichtlich des angehenden Wirtschaftsaufbaues von größter Bedeutung. Daß dabei nicht allein staatliche Verhandlungen von Erfolg begleitet sein können wie das bei dem neuen Handelsvertrag mit Holland beispielsweise der Fall ist, beweist die in den letzten Tagen getroffene Vereinbarung zwischen normanischen und deutschen Berufsgruppen über die Einfuhr von Fischheringen aus Norwegen. Wenn es, wie in diesem Beispiel, gelingt, die wirtschaftlichen Interessen befreundeter Länder auf Grund der Zusammenarbeit der beteiligten Kreise zu fördern, so liegt dies durchaus im Interesse der amtlichen deutschen Handelspolitik. In diesem Zusammenhang interessiert auch die soeben erschienenen Zahlen über den deutschen Außenhandel im Jahre 1933. Danach beträgt der

Ausfuhrüberschuß 668 Millionen RM, eine Summe, die die Transferbeschränkungen der deutschen Reichsbank durchaus rechtfertigt.

Der Wirtschaftskonflikt mit Paris

Frankreich braucht baldige Verhandlungen.

Paris, 20. Januar.

In gut unterrichteten französischen Kreisen erwartet man, daß nach der Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages durch Frankreich unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden, um vor dem 19. April, dem Ablauf der Kündigungsfrist, zu einem neuen Handelsabkommen zu gelangen.

In den betreffenden französischen Kreisen betont man, daß Frankreich die feste Absicht habe, bis zu diesem Zeitpunkt ein Abkommen zustande zu bringen. Außerdem würden die Verhandlungen über die Regelung des Fremdenverkehrs fortgesetzt werden, die Anfang dieses Jahres in Berlin begannen. Auch der Weinungsaustausch über die Scrips werde binnen kurzem wiederaufgenommen werden. In französischen Kreisen weist man im übrigen darauf hin, daß Artikel 9 des deutsch-französischen Abkommens vom 28. Februar 1928 über den deutsch-luxemburgischen Warenaustausch im Falle einer Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages vorhebe, daß für den deutsch-luxemburgischen Warenaustausch wieder die Bestimmungen des vorläufigen Abkommens vom 5. August 1926 in Kraft treten würden, die weniger günstig seien als die Bestimmungen von 1928. Die französische Regierung soll beabsichtigen, alle Bemühungen zu unternehmen, damit das gegenwärtige Regime des deutsch-luxemburgischen Warenaustausches durch die Kündigung des deutsch-französischen Handelsabkommens nicht beeinträchtigt werde. Die französische Regierung wüßte den Streitfall zu lokalisieren und den Weg für Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen vorzubereiten.

Darum Gleichberechtigung!

Stand der Heere unserer unmittelbaren Nachbarn

Staat	Friedensstärke	Kriegsstärke	Heeresausgaben in %	Schwere Geschütze	Flugzeuge
Deutschland	100 000	100 000	4,5	22 ¹⁾	—
Dänemark	26 000	150 000	11	36	100
Niederlande	38 000	300 000	16,5	71	205
Belgien	72 000	600 000	10,93	199 ²⁾	300
Frankreich	653 224	4 500 000	34	rd. 1200	3000
	+ 1 000 000 ³⁾				rd. 5000 ⁴⁾
Schweiz	26 000	400 000	12	172 ⁵⁾	125
Österreich	30 000	30 000	3,5	—	—
Tschechoslowakei	176 000	1 300 000	23	432	rd. 850
Polen	266 015	3 200 000	34,38	422	rd. 1000
	+ 33 803 ⁶⁾				
Litauen	18 000	200 000	19,75	18	80

¹⁾ eingebaut; ²⁾ ohne Festungsgeschütze; ³⁾ farbige; ⁴⁾ im Krieg; ⁵⁾ ohne Festungen; ⁶⁾ Grenztruppen.

Aus dem Stavisky-Sumpf

Offiziere in der Kammer. — Zwei Duellforderungen.

Paris, 19. Januar.

Im Anschluß an die stürmische Aussprache in der Kammer über den Fall Stavisky kam es in den Wandelgängen zu einem heftigen Zusammentreffen zwischen dem Abgeordneten Henriot und dem Unterstaatsminister De Monzie. Henriot hatte u. a. erklärt, daß Frau Stavisky vor ihrer Heirat im Jahre 1926 wegen einer Betrügerei verhaftet worden sei und daß zwei Mitglieder der augenblicklichen Regierung, nämlich der Unterrichtsminister De Monzie und Außenminister Paul Boncour, seinerzeit die Erlaubnis erhalten hätten, sie in ihrer Gefängniszelle zu besuchen.

De Monzie eilte sofort nach Bekanntwerden dieser Enthüllungen in die Kammer, wo er mit dem Abgeordneten in den Wandelgängen zusammenstieß. Es entspann sich ein äußerst heftiger Wortwechsel, der unverzüglich in Tätlichkeiten ausartet wurde, wenn nicht einige Abgeordnete dazwischen getreten wären. De Monzie hat inzwischen Henriot eine Duellforderung zugehen lassen.

In den Wandelgängen der Kammer kam es zu einem tätlichen Angriff des Abgeordneten Lagroffiers von der Sozialistischen Partei mit dem Abgeordneten Défré Farry, dem Direktor der nationalsozialistischen „Liberté“ wegen eines in diesem Blatt erschienenen beleidigenden Artikels gegen Lagroffiers.

Lagroffiers verabschiedete einem Gegner eine Reihe von D. feigen.

Farry konnte nicht entpfehlen, zu antworten, weil sofort Angehörige der Kammer die Gegner trennten. Farry ist auch Vorsitzender der Bewegung französischer Reichsbeamte. Farry hat dem sozialistischen Abgeordneten Lagroffiers eine Duellforderung überbringen lassen.

Eine trübe Bilanz

Vierzehn Jahre Saargrubenverwaltung.

Die „Saarbrücker Zeitung“ gibt einen wirtschaftlichen Überblick über die Preis- und Absatzpolitik der französischen Saargrubenverwaltung in den letzten 14 Jahren. Acht Tage nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages hielt die „Administration des Mines Domaniales Francaises de la Sarre“ im Saargebiet ihren Einzug. Durch diese Verfügung der Siegermächte ward die hauptsächlichste Lebensgrundlage des Saargebietes, die Kohlengruben, in die Hände des französischen Staates gelegt, der hier fortan als uneingeschränkter Eigentümer nach Belieben schalten und walten sollte. Diese Maßnahme ist heute nach vierzehn Jahren in ihrer ganzen Tragweite noch nicht recht verständlich, wenn man bedenkt, daß bei der Lebensnahme nicht weniger als 56 000 Arbeiter, mit ihren Familien also rund 200 000 Menschen, im Saargebiet von den Gruben als Erwerbskräfte abhängig waren.

Es wirkt ein eigentümliches Licht auf die damalige Rechtsauffassung, wenn ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Saargebietes von ihrem neuen Herrscher, dem französischen Staat, abhängig gemacht und gleichzeitig nach außen hin die politische Neutralität des Saargebietes proklamiert wird. Es hat denn auch an Protesten nicht gefehlt und die damaligen Machthaber wußten sehr wohl, welche ungeheueren wirtschaftlichen Einflüsse über den Besitz der Kohlengruben ausgeübt werden konnte.

Es ist kein Zufall, daß Frankreich, nachdem es mit der Forderung einer sofortigen Annexion des Saargebietes nicht durchzubringen vermochte, sich mit aller Energie für die Ueberweisung der Saargruben einsetzte, die den Schlüssel zur laarländischen Wirtschaft bilden. Es wird alsdann die Abfahrts des Saargebietes besonders unterteilt und dabei wird festgestellt: „Es liegt keineswegs in unserer Absicht, die französische Grubenverwaltung allein für diese Krise verantwortlich machen zu wollen, trotzdem wir feststellen müssen, daß ihre Preispolitik und Absatzpolitik die Abwärtsentwicklung des Abzuges und der Erlöse in starkem Maße gefördert haben. In diese Lage konnte die französische Grubenverwaltung allerdings nur wiederum durch ihre politische Bindung an Frankreich und die damit im Zusammenhang stehende Rücksichtnahme auf die französischen Kohlenproduzenten kommen.“

Um den Saarohlenabfuhr nach Frankreich aufrechtzuerhalten, bedarf es keineswegs einer französischen Verwaltungsform wie sie den Saargruben durch den Versailler Vertrag aufgewungen wurde. Im Gegenteil, es liegt sowohl im Interesse von Frankreich als von Deutschland, wenn diese wirtschaftlich absolut unhaltbar gewordenen Zustände sobald als möglich liquidiert werden.“

Kommunistenzentrale in Danzig

Auffeimerregende Feststellungen der Polizei.

Danzig, 20. Januar.

Der Danziger Polizei ist es gelungen, eine kommunistische Zentrale auszuheben, die als eine der größten Europas anzusehen ist. Dieses kommunistische Zentralbüro hatte seinen Sitz in dem Offizierskloppol. Die Leiter waren zwei ostjüdische Studenten, der 22jährige Dab Jajenbaum und Jozef Kasow, beides polnische Staatsangehörige.

Die Wichtigkeit der Grenzüberwachung im Danziger Freistaat macht den Schmuggel von Heftchriften nach Danzig ganz besonders leicht, und so bedurfte es monatelanger sorgfältiger Beobachtungen, bis die Danziger Polizei aufgreifen konnte. Es wurde kommunistisches Heftmaterial aufgefunden, und zwar in allen Sprachen: in Russisch, Polnisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Schwedisch, sogar in Esperanto. Es handelt sich nicht nur um kommunistische Kampfschriften und Zerkleugerungschriften, sondern hauptsächlich auch um Hunderte von Anweisungen in verschiedenen Sprachen, wie der kommunistische Kampf in den westlichen Kulturländern vorwärts zu tragen sei. Besonders reichlich sind auch die beschlagnahmten Schriften gegen den italienischen Faschismus in italienischer und französischer Sprache.

Zahlreiches Adressenmaterial über kommunistische Stellen im Auslande, und insbesondere eine Liste aller kommunistischen Agenten in Polen wurden aufgefunden.

Die Danziger Polizei hat der polnischen Regierung eine Zusammenarbeit in der Weise angeboten, daß für Polen eine Auswertung des beschlagnahmten Materials erfolgen kann. Die beiden verhafteten Studenten, die von ausländischer kommunistischer Seite erhebliche Gelder bezogen haben, waren Mitglieder des jüdischen Arbeiterklubs in Danzig, einer inzwischen aufgelösten öffentlichen Organisation, die rein kommunistischen Charakter trägt.

[illegible]

* **Besitzene Prüfung.** Der an der hiesigen
 Hochschule beschäftigte Schulamtsbevrerter Karl Lauterbach
 ist gestern eine 2. Lehrprüfung mit gutem Erfolge
 abgelegt. Die Prüfungskommission bestand aus Schulrat
 Blume-Messingen als Vertreter der Regierung, Konzektor
 Blume-Messingen und Hauptlehrer Bornemann-Wilmorschen.
 Wir gratulieren.

Merlei Neuigkeiten

Wegen Untreue felsenommen. Vor einigen Tagen hat der Direktor der Altonaer Quai- und Lagerhaus-Gesellschaft, auch, wegen Übergriffen in der Kassenführung seines Amtes enthoben worden. Unter dem neuen Direktor wurde die Kassenführung einer genauen Prüfung unterzogen, wobei Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden sind. Die Angestellten der Gesellschaft sind unter der Beaufsichtigung felsenommen worden. Seit 1926 Untreue an ihrer Firma begangen zu haben.

Bantler entführt. Der 36jährige Bantler Edward Brauers, ist von Menschen-Räubern entführt worden. Die Räuber verlangen ein Lösegeld von 200 000 Dollar. Die Familie verzweifelt der Polizei gegenüber jede Auskunft, um das Leben des Entführten nicht in Gefahr zu bringen.

Die Vertheilungsweise mit der Verwaltung der Stellen
Kreispräsidenten in Frankfurt a. M. betraute SA-
Gruppenleiter und Reichstagsabgeordnete. Befehle wurde
einstufige Befehl in das Beamtenverhältnis zum Polizeipräsident
in Frankfurt a. M. ernannt. Zu Vordrängen wurden
erwähnt: Regierungsrat Heilmann im Kreise Duderstadt
(Reg.-Bez. Hildesheim), Regierungsssekretär Wittenborn im
Kreis Lantel (Reg.-Bez. Trier), Regierungsrat von
Hulm im Kreise (Reg.-Bez. Schleswig), Reichs-
amtsrat Dr. Conti im Kreise Prenzlau (Reg.-Bez. Potsdam).

Um 1900 wurden noch jährlich zwei Millionen Kinder in Deutschland geboren; jede dritte Frau hatte ein Kind. Heute werden knapp über 1000 000 Kinder geboren; nur jede achte Frau hat ein Kind. In Berlin nur jede 17. — Begonnen hat der Bevölkerungszugang in den Kreisen der Wohlhabenden und Reichen, gefolgt in dem Kreise der wirtschaftlicher Mittle. Er hat sich fortgesetzt und auch in dem Mittelstande, des gesunden Arbeiters und der Arbeiterin, der Bauernschaft. So können wir heute bei den Einkindsfamilien, die in den deutschen Volks nur noch von



gen Volkes, einer Belastung der Gesunden und Arbeitsfähigen durch diese kranken, unfähigen und untätigen Elemente zu begegnen, wird das Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses, das am 1. Januar 1934 in Kraft getreten ist, dafür geschaffen werden.

Bei der großen Bedeutung des Geldes zur Verhütung
tranten Nachschußes, das eine Anzeigepflicht für Erbrante vor-
schreibt, ist es Pflicht eines jeden verantwortungsbewußten Deutschen,
einer Notwendigkeit vertraut zu machen. Die Möglichkeit hierzu
bietet die dritte Broschüre der bevölkerungspolitischen Auf-
klärung, die die R. S. Volkswohlfahrt unter dem Titel
„Geldlose Eltern — gesunde Kinder!“ kostenlos herausgibt.
Sie ist im Sammelbezug für Verbände, Vereine, Behörden,
Einkaufsstellen, Firmen und dergleichen bei jeder Drucksache der
R. S. D. N. P. für 10 Pf. je Exemplar zu beziehen. Der selbst
erzielende, ergiebende Kinderreichtum zuzute. Im Einzelbezug kann
jedem Einzelwesen diese Broschüre, ebenso die beiden früher er-
schienenen, „Mutter, kämpft für eure Kinder!“ und „Die kom-
mende Generation liegt an“, zum Preise von je 10 Pf. an
den R. S. Volkswohlfahrt des Deutschen Reiches sich beschaffen.

Das Reichsgericht verurteilte wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Treuepflicht mit Vergehen gegen das Schutzgesetz des Reichswehrministeriums und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz den Zimmermann Paul Bunte zu sechs Jahren und den Hilfsarbeiter Joseph Höll zu fünf Jahren Zuchthaus. Bei Bunte wurde überdies Aberkennung der Ehrenrechte auf 10 Jahre sowie bauernde Stellung unter Polizeiaufsicht verfügt. Die beiden jugendlichen Angeklagten, die wegen Verbrechen mit antisemitischen Kreisen unterhielten, hatten in einer bei Freiburg im Breisgau gelegenen Hütte 86 aus Kanalisationsröhren selbst angefertigte Sprengkörper sowie Gewehr- und Pistolenmunition zur gegen Volk und Staat gerichteten Verwendung aufbewahrt.

Der portugiesische Innenminister hat nähere Mitteilungen über die seither abgelaufenen kommunalistisch-anarchistischen Verschwörungen gemacht. Danach wurden ganz neue Pläne über den beabsichtigten Umsturz gefunden. An dieser Verarmlichung nahmen Kommunisten, Anarchisten und Gewerkschafter teil, von denen eine ganze Reihe verhaftet wurde. In verschiedenen Teilen des Landes ist es zu Zwischenfällen gekommen. Die Telefonverbindung zwischen Porto und Coimbra ist durchschnitten worden; an zahlreichen Stellen wurden Sprengkörper auf den Eisenbahngleisen gefunden. In Paraisa Grande warfen eine Granatbombe gegen einen Polizeiposten. Es entstand ein Handgemenge, bei dem mehrere Personen schwer verletzt wurden. 17 Streifenwagen wurden verhaftet. In Sifabon beschlagnahmte die Polizei 100 und in Setubal 80 schwere Bomben.

Die mandschurische Regierung hat den Plan des japanischen Admirals Yamaeto über den Bau einer mandschurischen Flotte bestätigt. Zur Zeit wird der Bau von acht Zerstörern für die mandschurisch-sowjetrussischen Grenzgewässer in Angriff genommen. Die Zerstörer werden sämtlich in Japan gebaut.

Unterstaatssekretär Suvidj in Wien.
Der italienische Unterstaatssekretär des Aeußern Suvidj
ist zu einem offiziellen Besuch bei der österreichischen Re-
gierung in Wien eingetroffen.

Zu den Programmpunkten der Aussprache gehören (wie
berlautet, wirtschaftspolitische Fragen: die Förderung
italienischen Wein- und Früchteeinfuhr nach Oesterreich
wie die Ausfuhr österreichischer Agrar-, Holz- und In-
dustriezeugnisse nach Italien, die Errichtung einer Freihandels-
zone für Oesterreich in Triest und darüber hinaus die Re-
gelung der wirtschaftspolitischen Fragen in Mitteleuropa
auf Grund der italienischen Denkschrift vom 28. September
der p. A.

Das 9. Dortmunder Sechsfachtagenrennen wurde — nachdem der 6. Tagesabschnitt von Schön-Jppen gewonnen worden war — von den Transjoun Broccarde Gumbelbire im 6. Stammtagebisseu fieglich beendet. Die beiden Sieger fuhren demnach herzlichem Beifall der zahllosen Zuschauer bei den Klängen der französischen Nationalhymne die Ehrenrunde. Sie spendeten von ihrem Siegespreis 100 Mark für die Witwenhilfe. Ehrenvolle zweite wurden Schön-Jppen vor Colmann-Dinalé, die gleichfalls stürmisch gefeiert wurden.

Empfang der leitenden Ingenieure.

Anläßlich einer vom Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, nach Berlin einberufenen Tagung wurden die leitenden Bauingenieure und die Direktoren der Reichsautobahn vom Führer in der Reichsinsel empfangen.

Der Reichsanwalt betonte in der Ansprache die Bedeutung der gewaltigen Aufgabe, die den am Bau der Reichsautobahnen beteiligten Ingenieuren übertragen sei. Der Reichsanwalt erklärte, dass dem Bau der Reichsautobahnen der Reichsbauverwaltung der größte Teil der Aufgaben übertragen habe, aus deren Bereich die Reichsbauverwaltung durch werde das große einheitliche Verkehrsnetz geschaffen, das die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglichst Verwertung der Transportmittel Auto und Eisenbahn gewährleisten werde. Erst, wenn in 6 bis 8 Jahren ein großmächtiges Netz von Reichsautobahnen über Deutschland gezogen sei, werde die Wichtigkeit eines Systems hin-dernisloser Straßeneisenbahnen ganz erkannt werden können. Schon heute aber sei der Bau der Reichsautobahnen von größter wirtschaftlicher Bedeutung als eines der wirksamsten Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zumal im Straßenbau auch ungelerneten Arbeitern im größeren Maße Arbeit und Brot gegeben werden könne.

Beiderseitige Verhandlungsbereitschaft.

Berlin, 18. Januar.

Der französische Botschafter überreichte im Ausdrucksdrücken die französische Regierung, in der mitgeteilt wird, dass der Vertrag von 1927 kündigt, und zwar mit dem Tage des Inkrafttretens der deutschen Verordnung über die Kontingentierung französischer Waren, also mit dem 19. Januar. Gleichzeitig hat die französische Regierung in der Note wissen lassen, dass sie zu den Verhandlungen über eine Neuverlegung des deutsch-französischen Warenaustausches bereit ist. Dem französischen Botschafter ist ebenfalls erklärt worden, dass bei der deutschen Regierung die gleiche Bereitwilligkeit besteht.

Da der Handelsvertrag eine Kündigungsfrist von drei Monaten vorsieht, tritt der Vertrag mit dem 20. April 1934 außer Kraft. Für die in Aussicht genommenen Verhandlungen steht also ein Zeitraum von drei Monaten zur Verfügung.

In der Note wird ferner mitgeteilt, daß die französischen Kontingentierungsstellen, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, am 19. d. Mts. die erforderlichen Anweisungen erhalten werden, um die Kontingentierung deutscher Waren auf den von Anfang an beabsichtigten Umfang zurückzuführen, nämlich auf 300 Millionen Franken.

Zu Landräten sind ernannt: Oberamtmann Hauf in
Jüllichau; Rittergutsbesitzer Dr. Schulz von Drähig in
Lauban.

In dem Prozeß wegen der Ermordung des Hamburger Hitler-Jungen Otto Bloeker vor dem hantelatischen Sondergericht beantragte der Staatsanwalt gegen sechs Angeklagte die Todesstrafe, gegen die übrigen Angeklagten Zuchthaus und Gefängnisstrafen.

Das Bauberater der Deutschen Arbeitsfront und der Verband sozialer Bauberriebe werden sich mit einem Appell an die in Betracht kommenden Kreise, mitzuteilen an die Abtragung des Dankes der Bewegung an die alten Kämpfer des Nationalsozialismus durch die Unterföhrung der Schaffung von SA- und SS-Siedlungen annehmen zu teilen. Der Plan geht dahin, den bedürftigen alten Kämpfern des Nationalsozialismus eigene Heime zu schaffen und gleichzeitig diese besonders wertvollen Teile der Bevölkerung mit dem deutschen Boden noch fester zu verwurzeln. Weiter liegt in diesem Plan eine großzügige Arbeitsbeschaffung, an der besonders auch der handwerkliche Mittelftand teilhaben soll. Dem Verband sozialer Bauberriebe fñh die deutsche Bauhütten im ganzen Reichsgebiet unterstellt. Im Zusammenhang mit der Deutschen Arbeitsfront, der NSBD, und der SA ist bereits praktische Arbeit für das große Projekt geleistet worden. Bei der SA-Siedlung Frankfurt D. stehen bereits 50 Doppelhäuser kurz vor der Vollendung und die Stadt liegt nñh bei durch Holzgestellung und Vorkörper ermöglicht, daß in ihrem Bereich 100 SA-Männer im Rahmen der Siedlung untergebracht werden können.

Man soll nicht alles auf eine Karte legen. Die Annahme, daß mit der Festigung des zentral-europäischen Hochs und vor allem dessen Stützung durch den skandinavisch-sibirischen Druckwellenberg u. U. eine längere Frostperiode mit östlicher Luftzufuhr eintreten würde, erwies sich bald als trügerisch. Die Hochdruckwetterlage mit den tiefsten Strahlungstemperaturen bis — 15 Grad in Süddeutschland dauerte vorige Woche nur drei Tage. Als dann eine neue Eklipse von großem Umfang im Gegenjag zu ihren Vorgängerinnen einen weitestlich südlicher gelegenen Kurs einschlug und so den Kontinent erfaßte, setzte mit dem Vorstöße subtropischer Warmluft aus dem Azoreng Gebiet der völlige Umschlag zu Westwetter ein. In ununterbrochener Folge ziehen die Tiefdruckausläufer über uns hinweg und bedingen den in jeder Hinsicht unbeständigen, vielfach stürmischen Witterungscharakter mit Schauerregen auch weiterhin. Die Südpolarverteilung auf der Nordhemisphäre schiebt zur Zeit nicht barnach aus, als ob sich am gegenwärtigen Wetter etwas ändern würde. Der subtropische Hochdruckgürtel gleitet ziemlich weit nach Süden zurückzueichen und überläßt der Raum in mittleren Breiten der nördlichen Halbkugel ein für den Winter selten reges Eklypsenartätigkeit, wodurch eine solche Kalkül von uns ferngehalten wird. Wir werden demnach voraussichtlich noch länger im Bereich vorwiegender milder maritimer Luftzufuhr verbleiben und den unbeständigen Westwettercharakter bekommen.

1